



# Gute Arbeit: Für Jung, für Alt, für Alle

Nachricht von Susanne Ferschl, 17. September 2018

## **Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Aktuelle Daten zum Normalarbeitsverhältnis" von Susanne Ferschl und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:**

In den letzten 20 Jahren ist die Zahl der atypisch Beschäftigten um 2,5 Millionen auf 7,7 Millionen angestiegen. Jeder vierte (23 Prozent) abhängig Beschäftigte arbeitet nicht in einem Normalarbeitsverhältnis. Frauen sind doppelt so oft (33 Prozent) davon betroffen wie Männer (13,8 Prozent). 23,2 Millionen Vollzeitbeschäftigten (+0,2 Prozent) stehen in Summe 14 Millionen Teilzeit-Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und kurzfristig Beschäftigte (+57,3 Prozent) gegenüber, auf zwei Vollzeitbeschäftigte kommt also mittlerweile ein Teilzeit-Beschäftigter.

Berufseinsteiger haben es besonders schwer. Jeder dritte 15- bis 25-jährige Beschäftigte ist atypisch beschäftigt (31,6 Prozent). Die Anzahl der Normalarbeitnehmer ging in dieser Altersklasse von 1997 bis 2017 um 500.000 (-33,1 Prozent) zurück. Der Anteil der Normalbeschäftigten an den abhängig Beschäftigten ist bei den 15- bis 25-Jährigen mit 68,4 Prozent deutlich niedriger als den anderen

Altersgruppen. 2,6 Millionen Vollzeitbeschäftigten (-18,1 Prozent) stehen in Summe 1,7 Millionen Teilzeit-Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und kurzfristig Beschäftigte (+26,5 Prozent zu 1999) gegenüber, was ein Verhältnis von 1,5 zu 1 ist.

Bei den 55-65-Jährigen hat sich die Zahl der abhängig Beschäftigten verdoppelt; parallel zum Normalarbeitsverhältnisses (92 Prozent) auch die atypische Beschäftigung (96,2 Prozent). Leiharbeit hat sich mehr als verdreifacht (+269 Prozent im Vergleich zu 2006). 4,1 Millionen Vollzeitbeschäftigten (+81 Prozent) stehen in Summe 2,8 Millionen Teilzeit-Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und ausschließlich kurzfristig Beschäftigte (+89,8 Prozent) gegenüber, was ebenfalls ein Verhältnis von 1,5 zu 1 ist.

Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, kommentiert die Antworten der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage:

"Die Sicherheit im Arbeitsleben ist durch eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik der letzten 20 Jahre verloren gegangen, insbesondere der Berufsein- und Ausstieg sind zur Lotterie verkommen. Nur wer ein sicheres und ausreichendes Einkommen hat, kann eine Zukunftsperspektive entwickeln und diese verwirklichen. Eine Politik im Interesse der Beschäftigten ermöglicht Lebensentwürfe, die am Ende nicht platzen. Sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit wirken wie Gift. Wir brauchen sichere Arbeitsverhältnisse für alle: mit einer kürzeren Vollzeit bei vollem Lohnausgleich - kurz: ein neues Normalarbeitsverhältnis."

Auswertung der Ergebnisse im Detail

